wirtunwas

Die Marburger SPD-Fraktion vor Ort · Dezember 2014

Die Marburger SPD Fraktion

WÜRDE BEWAHREN

Steffen Rink
Fraktionsvorsitzender

Viel ist in diesem Jahr über die Situation der Flüchtlinge gesprochen und geschrieben worden. Das ist gut so, denn das Wissen um die Schicksale von Menschen, die oft jahrelang auf der Flucht sind, traumatische Erfahrungen gemacht haben, Gewalt und Willkür ausgesetzt waren, hilft für einen angemessenen, menschlichen Umgang.

Allzu leicht aber vergessen wir diejenigen, die nicht so sehr in den Medien präsent sind und die deshalb nicht so viel Beachtung finden, die aber trotzdem auf unsere Solidarität angewiesen sind. Dabei geht es nicht um Mitleid. Unser Aufgabe als Bürgerinnen und Bürger wie in der Politik ist es, neben notwendigen Hilfen dafür beizutragen, dass alle Menschen, die am Rand unserer Gesellschaft stehen, die ausgegrenzt werden, denen eine Perspektive fehlt, ihre Würde nicht verlieren. Armut oder Krankheit sind eines, das Gefühl von Wertlosigkeit, den Verlust von Lebenssinn dürfen wir nicht zulassen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, sagt unser Grundgesetz. Um das zu gewährleisten, haben wir in Marburg ein enges Netz sozialer Unterstützung geknüpft. Immer wieder überlegen wir, wo es noch besser werden kann, wo neue Aufgaben entstehen. Weil wir eine so lange und gute Tradition in der sozialen Infrastruktur haben, war es in Marburg auch möglich, die Kräfte zu mobilisieren, die jetzt für das Willkommen und die Unterbringung von Flüchtlingen notwendig sind.

Das alles ist aber nichts, wenn es nicht von Menschen gelebt wird. Deshalb möchte ich zum Jahreswechsel im Namen der gesamten SPD-Fraktion allen herzlich „Danke“ sagen, die sich an so ganz vielen unterschiedlichen Stellen für unsere Stadt und das Gemeinwohl engagieren. Auch das wird oft nicht gebührend beachtet. Ohne sie wäre all unser Bemühen in der Politik nur die Hälfte wert.

Zur Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

die politische Debatte ist ständig in Bewegung, im Sommer kommenden Jahres sind die Marburgerinnen und Marburger darüber hinaus zur Direktwahl des Oberbürgermeisters aufgerufen. Doch auch jenseits von Wahlauseinandersetzungen gibt es genügend größere oder kleinere Kontroversen.

Wir wollen Sie im zu Ende gehenden Jahr noch einmal über einige der Themen informieren, die uns in den letzten Wochen wichtig sind. Da gab es beispielsweise einen CDU-Vorsitzenden, der aus der Oberstadt eine „Sicherheitszone“ mit Personenkontrollen, flächendeckender Video-Überwachung und vielem anderen mehr machen wollte. Das jedoch würde die Attraktivität der Oberstadt zerstören. Als SPD-Fraktion wollen wir einen anderen Weg.

Viel wird über Windenergie diskutiert. Wir sagen: Wir müssen unseren Beitrag zur Energiewende leisten. Diese und andere Themen werden uns noch über längere Zeit beschäftigen. Das ist auch gut so, denn selten sind die schnellen Antworten auf die Anforderungen, die uns gestellt sind, die besten.

Die SPD-Fraktion wünscht Ihnen eine gute Weihnachtszeit, einen guten Start ins neue Jahr, Gesundheit und Zuversicht.

Inhalt

Würde bewahren	1
Baulandentwicklung in den Außenstadtteilen	2
Windkraft auf den Lahnbergen	2
UKGM	3
Wohnungsbau	3
Innenstadt – Lahnberge	3
Zur Lage in der Oberstadt	4

Baulandentwicklung in den Außenstadtteilen

Vor ungefähr 10 Jahren entstand eine Prioritätenliste zur Entwicklung der Außenstadtteile, die bislang nur für zwei Außenstadtteile zu Baulandausweisung geführt hat. Alle anderen haben seither keine bauliche Weiterentwicklung erfahren. Der Magistrat hat nun die „INWIS-Studie“ zur Wohnungsmarktsituation in Marburg erstellen lassen, die zeigt, dass über 1.200 Wohneinheiten in Marburg fehlen.

Sonja Sell
Baupolitische Sprecherin

Aus unserer Sicht spricht folgendes – neben einer Nachverdichtung in der Innenstadt – für eine maßvolle Baulandentwicklung in den Außenstadtteilen:

- Die INWIS-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der erforderliche Neubau von Wohneinheiten in der Innenstadt allein nicht leistbar ist.
- die Infrastruktur der Außenstadtteile (Kinderbetreuung, Schnelles Internet, ÖPNV, Dorfläden und vieles mehr) hat sich in den letzten 10 Jahren deutlich verbessert.
- Junge Familien sind die „Neubauwilligen“ im Bereich von Ein- und Mehrfamilienhäusern, während Senioren eher die zentralen Lagen und barrierefreien Wohnungen suchen. In einige Außenstadtteile aber gibt es bereits Projekte für altersgerechtes Leben im Stadtteil.
- Der Universitäts- und Arbeitsplatzstandort Lahnberge macht die östlichen Stadtteile zu gefragten Wohnorten. Gleiches gilt in den westlichen Stadtteilen für den Industriestandort Görzhäuser Hof.
- Der hohe Druck auf den Wohnraum in der Kernstadt führt zu enormen Preissteigerungen sowohl im Miet- als auch im Eigentumswohnungsmarkt. Eine maßvolle Entwicklung im Außenbereich kann hier zur Entzerrung beitragen.
- Die Nachverdichtung in der Innenstadt ist stark begrenzt, zugleich erhöht die starke Wohn- und Verkehrsdichte „innen“ den Reiz der Außenstadtteile.
- Die Ortsvorsteher/Innen wissen um Neubauwillige, können aber keine dieser Anfragen befriedigen. Dies wiederum führt zur Verlagerung der Standortsuche in Richtung Umlandkommunen.
- Baulandpreise sind im Außenbereich eher bezahlbar als in der Innenstadt. Damit Bauen bezahlbar bleibt, muss das Angebot groß genug sein.

Windkraft auf den Lahnbergen

Über ein Jahr haben die Stadtwerke Marburg auf den Lahnbergen Windmessungen durchgeführt. Das Ergebnis ist überzeugendt: Windkraftanlagen am Standort Lichter Küppel bringen guten Ertrag. Noch stehen ökologische Gutachten aus. Die sollen bis Frühjahr 2015 abgeschlossen sein. Die Einhaltung anderer Grenzwerte ist positiv geprüft. Liegen alle Voraussetzungen vor, kann die Umsetzung konkret werden. Die Stadtwerke rechnen mit einer Bauzeit von zwei Jahren. Hier wird die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger wichtig: Zufahrtswege, Beeinträchtigungen bei der Errichtung, Flächenverbrauch sind einige zu klärende Fragen.

Die SPD setzt auf Transparenz. Die werden wir auch immer wieder einfordern und uns selbst aktiv beteiligen. Wir wollen unserer Verantwortung für die Energiewende auch vor Ort gerecht werden. Eigenstromerzeugung für die Kunden der Stadtwerke zahlt sich aus, weil weniger Strom an den Börsen eingekauft werden muss. Viele Menschen haben ihr Vertrauen in die Stadtwerke gezeigt und die CO2-Sparbriefe für Projekte in der Region gezeichnet. Lassen wir uns also nicht verunsichern. Wirtschaftlichkeit, ökologische Verträglichkeit und Beteiligung sind und bleiben unsere Kriterien.

Zur Lage am UKGM

Angesichts jüngster Ankündigungen der Geschäftsführung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) über weiteren Personalabbau hat sich die Marburger Stadtverordnetenversammlung abermals in großer Einigkeit im November gegen einen weiteren Stellenabbau, gegen eine Verschlechterung der Patient/innenversorgung und der Arbeitsbedingungen am UKGM ausgesprochen.

- Wegen der wirtschaftlich unterschiedlich starken Entwicklung der beiden Standorte Marburg und Gießen, die durch Restrukturierungen der letzten Jahre entstanden ist, muss eine gleichmäßige Aufgabenverteilung zwischen den beiden Standorten sichergestellt werden. Eine weitere Benachteiligung des Standorts Marburg ist nicht hinnehmbar.
- Die Stadtverordnetenversammlung erwartet hier von der Landesregierung, dass diese ihrer Verantwortung für das UKGM gerecht wird, indem sie ihre vertraglich bestehenden Einflussmöglichkeiten als Mitgesellschafter geltend macht.
- Land und Bund sind verantwortlich für eine auskömmliche und auch am Bedarf orientierte Krankenhausfinanzierung und für einen angemessenen Zuschlag für die besonderen Belastungen der Universitätskliniken.
- Das Land Hessen muss eine verbindliche Regelung qualitativer und quantitativer Personalmindeststandards sowohl für hessische Krankenhäuser generell als auch insbesondere für Universitätskliniken sicherstellen.
- Zu klären ist, ob die veränderten Mehrheitsverhältnisse nach dem Aktienrückkauf der Rhön-Kliniken AG die Anwendung der „Change of Control"-Klausel möglich macht. Sollte dies der Fall sein, fordert die Stadtverordnetenversammlung das Land auf, sich für eine Rückkehr des UKGM in Landeseigentum einzusetzen.

Von der Innenstadt auf die Lahnberge

Schon jetzt könnte eine klimafreundlichere Mobilität zwischen der Innenstadt und den Lahnbergen erreicht werden. Dies ist das Ergebnis eines von der Stadt Marburg in Auftrag gegebenen Verkehrsgutachtens. Zwei Szenarien werden dort konzipiert, die sich im wesentlichen dadurch unterscheiden, dass im ersten Szenario auch ohne eine über den Ortenberg geführte Seilbahn schon erhebliche Effekte für eine umweltfreundliche Mobilität erreicht werden. Der umstrittene zusätzliche Bau einer Seilbahn – nach Szenario 2 – würde demgegenüber lediglich geringfügige weitere klimafreundliche Verbesserungen bewirken.

Ulrich Severin
Stadtverordneter Ortenberg, Waldtal, Afföller

Würde man alle vorgeschlagenen Maßnahme des Szenario 1 kurzfristig umsetzen, dann wären eine weitere Verbesserung des ÖPNVs auf die Lahnberge, der Ausbau des Weges über die Zahlbach und weitere Radstationen mit einem erweiterten E-Bike- und Pedelec-Angebot schon in den nächsten Jahren verfügbar.

Wir werden in den nächsten Wochen die Vorschläge des Gutachtens prüfen und entscheiden, welche Maßnahmen noch im Doppelhaushalt 2015/2016 berücksichtigt werden können. Ziel dabei ist, durch eine verbesserte Organisation und Ausstattung des ÖPNVs mit wenigen Eingriffen in die Natur und in die Infrastruktur eine effiziente klimafreundliche Mobilität zwischen Innenstadt und Lahnbergen sicher zu stellen.

Günstig wohnen

Der Wohnungsneubau in Marburg boomt. Es fehlen aber kostengünstige, barrierefreie Wohnungen. Die Gemeinnützige Wohnungsbau Hessen GmbH (GWH) erstellt mit Hilfe von Landeszuschüssen und der Unterstützung der Stadt Marburg in den nächsten Jahren 300 barrierefreie Neubauwohnungen, die auch von Bezieher/innen niedriger Einkommen gemietet werden können.

Der überwiegende Teil wird am Richtsberg gebaut werden; dort verfügt die GWH über bebaubare eigene Grundstücke – die wesentliche Voraussetzung für die Erstellung kostengünstigen Wohnraums.

Seit den 80er Jahren hat es im Stadtteil Waldtal keinen Neubau mehr gegeben. Die in den Nachkriegsjahren entstandenen Wohnungen sind bis auf wenige Ausnahmen nicht barrierefrei erreichbar. Im November wurde dort der Grundstein für 24 Wohnungen gelegt, die schon im Spätsommer des kommenden Jahres bezogen werden sollen. Schon jetzt haben sich ältere Bewohner/innen aus dem Stadtteil als Mieter beworben. So steigt die Wohnqualität in diesem Stadtteil, der durch die Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt" noch eine zusätzliche Infrastrukturverbesserung erhält.

Trotzdem bleibt der Wohnungsmarkt in Marburg noch auf absehbare Zeit problematisch; es fehlen im Kernstadtbereich noch weitere 300 barrierefreie Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen.

Akuelle Informationen zur Arbeit der Marburger SPD-Fraktion:
www.spd-fraktion-marburg.de

Zur Lage in der Oberstadt

Die Situation in der Marburger Oberstadt ist seit vielen Wochen Gegenstand von teilweise auch sehr kontroversen Diskussionen. Die Marburger SPD-Fraktion hat dazu folgende Positionen bezogen:

- Die Marburger Oberstadt ist weder Partymeile, Kneipenviertel noch Sicherheitszone, sondern Lebensraum für die dort wohnenden Menschen, Ort des Handels für die ansässigen Gewerbetreibenden, Ort der Begegnung, der Geselligkeit, der Kultur, Ort für Gäste und Einheimische. Diese Vielfalt gilt es zu erhalten, denn diese Vielfalt macht die Attraktivität der Marburger Oberstadt aus.
- Seit einigen Jahren nimmt der Bevölkerungsanteil von Studierenden zu; diese wechseln häufiger ihre Wohnungen als etwa Familien. Das Freizeitverhalten findet häufiger im Freien statt. Öffentliche Plätze werden vermehrt genutzt. Unsere Stadt wird von mehr Tourist/-innen besucht, die sich in der Oberstadt aufhalten.
- Hinzu kommen weitere gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die ihren Niederschlag auch im Leben der Marburger Oberstadt finden: Unterhaltung, Kultur, Sport oder Geselligkeit am späteren Abend und in den Nachtstunden erscheint den Menschen immer attraktiver. Der Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit über den Verlust der Selbstkontrolle hinaus wird zunehmend als selbstverständlich angesehen. Gegenseitige Rücksichtnahme weicht dann den individuellen Egoismen.
- In der Folge erleben wir in der Marburger Oberstadt – und anderswo – Problemstellungen wie Ruhestörungen und Aggressivität von Besucher/-innen, oftmals unter erheblichem Alkoholeinfluss, Tabubrüche gegenseitigen Respekts, zurückgehende Mitverantwortung in Haus- und Mietgemeinschaften oder im Eigentumsbesitz.
- Den verschiedenen Problemlagen muss differenziert begegnet werden. So hat beispielsweise der öffentliche Genuss von Alkohol wenig damit zu tun, dass Hausbesitzer/-innen ihrer Verpflichtung der sachgerechten Unterbringung von Mülltonnen nicht nachkommen.
- Für die Herausforderungen, die sich durch übermäßigen Alkoholkonsum, Aggressivität und Gewalt in der Oberstadt ergeben, sehen wir eine auf die Situation in der Oberstadt angepasste Weiterentwicklung des Projekts „Einsicht – Marburg gegen Gewalt“ als zielführend an. Das Projekt hat im ehemaligen Problembereich Erlenring/Elisabeth-Blochmann-Platz guten und nachhaltigen Erfolg.
- Wir setzen auf Prävention statt auf Repression. Repression kann ein integriertes, vorbeugendes Vorgehen gegen Gewalt oder nächtliche Ruhestörung lediglich ergänzen, niemals aber das erste Mittel der Wahl sein.
- Bei dem Problem Müll in der Oberstadt sind die häufigere Müllbeseitigung und zusätzliche Maßnahmen durch die Stadt offenbar nicht ausreichend. Hier ist aber auch in besonderer Weise die Verantwortung der Hauseigentümer und der Mieter/-innen gefragt.
- Mit der Chip-Markierung der Mülltonnen ist die Zuordnung der Tonnen gewährleistet und damit die Verantwortlichkeiten der Hausbesitzer/-innen , die in der Pflicht stehen, Mülltonnen ordnungsgemäß unterzubringen.
- Hauseigentümer/-innen und auch Bewohner/-innen müssen ihrer Verantwortung zur Reinigung der Gehwege und Straßen nachkommen, so wie in der Straßenreinigungssatzung festgelegt.
- Eine Intensivierung der Reinigungsintervalle des DBM – unter Beachtung der Kostengerechtigkeit – ist zu prüfen.
- Die bereits beschlossene Änderung der Satzung über das Verteilen von Werbematerial nimmt sowohl die verteilenden Unternehmen als auch die Hauseigentümer in die Pflicht.
- Die Möglichkeiten des Eingriffs bei baulichen Veränderungen der Wohnhäuser sind beschränkt, nachdem die Oberstadt nicht mehr Sanierungsgebiet ist. Hierdurch ist es nicht mehr möglich, auf diesem Wege Einfluss auf die Belegung von Wohnungen zu nehmen.
- Die Marburger SPD-Fraktion ist der Überzeugung, dass nur das gemeinsame bürgerschaftliche Engagement Aller in der Oberstadt zu einer nachhaltigen positiven Entwicklung verhilft. Im Zentrum muss das aktive Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der Gewerbetreibenden und Gastronomen, der örtlichen Initiativen und Interessengemeinschaften für ihren Stadtteil stehen.
- Eine solche Struktur von selbstverantwortetem Engagement der Bürgerinnen und Bürger, professionell begleitet und unterstützt, wäre unserer Auffassung nach darüber hinaus ein Modell für aktivierende, am Ergebnis orientierte Bürgerbeteiligung.
- Für den notwendigen Informationsfluss und die Formulierung von Bedarfen sind offene Informations- und Diskussionsforen das geeignetere Instrument, um Bürgerbeteiligung herzustellen und allen Betroffenen Gehör zu verschaffen.
- Die Erarbeitung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen sollte unseres Erachtens aber einem mit klar definierten Aufgaben und Kompetenzen versehenen und in seiner Größe auch arbeitsfähigem Gremium der relevanten Akteure und der örtlichen Initiativen zugeordnet werden. Auch in einer solchen Struktur sehen wir eine modellhafte Struktur künftiger Bürgerbeteiligung.

Impressum

Herausgeber und verantwortlich
Die Marburger SPD-Fraktion
Biegenstraße 33
35037 Marburg
Telefon (06421) 16990-14
Telefax (06421) 16990-18
www.spd-fraktion-marburg.de
spd-fraktion-marburg@t-online.de

Die Marburger SPD Fraktion

Gestaltung und Satz
EigenArt – Thomas Neutze und Gabriele Rudolph

Fotos Dominik Dehmel, Dennis Jagusiak, Georg Kronenberg, Michael Müller, Ulrich Severin

Druck Nickel Printconcept GmbH, Dietzhölztal; im Auftrag von msi, Marburg
Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier